

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 141. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Dezember 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	i. V. v. Hans Hinrich Neve
Peter Sönnichsen (CDU)	
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Stefan Bolln (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
<p>1. Aufhebung des Sperrvermerks der im Haushalt des ULD ausgewiesenen A-13-Planstelle</p> <p>Schreiben der Leiterin des ULD Umdruck 18/6725</p>	4
<p>2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)</p> <p>Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4355</p> <p>b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017</p> <p>Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4356</p> <ul style="list-style-type: none"> • Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Umdruck 18/6991 • Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Umdruck 18/6993 • Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Umdruck 18/6994 • Nachschiebeliste der Landesregierung, Umdruck 18/6808 • Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 18/6992 	6
<p>3. Information/Kenntnisnahme</p> <p>Umdruck 18/6913 - Bericht an den Stabilitätsrat Umdruck 18/6914 - Verwaltungsabkommen KONSENS Umdruck 18/6931 - Einzelplan 06 Umdruck 18/6932 - Sozialhilfe Umdruck 18/6933 - Rechtsmedizin Umdruck 18/6934 - Einzelplan 04 Umdruck 18/6935 - Einzelpläne 03 und 14 Umdruck 18/6973 - zusätzliche Stellen Umdruck 18/6974 - Naturschutz</p>	7

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aufhebung des Sperrvermerks der im Haushalt des ULD ausgewiesenen A-13-Planstelle

Schreiben der Leiterin des ULD

[Umdruck 18/6725](#)

Frau Körffler, stellvertretende Leiterin des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz, begründet den Antrag auf Entsperrung der im Haushalt des ULD ausgewiesenen A-13-Planstelle mit der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, regelmäßig anlasslose Prüfungen von Dateien und Informationssystemen der Polizei und des Verfassungsschutzes durchzuführen.

Frau Molt vom ULD teilt mit, dass sich der Haushaltsansatz am Ist des Vorjahres orientiere und die in Rede stehende Stelle im Personalbudget 2017 nicht berücksichtigt sei.

Auf eine Frage von Herrn Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, antwortet Abg. Winter, dass zwei der von der Koalition beantragten vier Stellen für das ULD zum 31.12.2019 wegfallen sollten.

Auf eine Frage von Abg. Koch erläutert Frau Körffler, das ULD habe vier Stellen beantragt, um die Umsetzung der 2018 wirksam werdenden Datenschutzgrundverordnung zu begleiten. Auf eine Frage von Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, teilt sie mit, für die Prüfung von Polizei und Verfassungsschutz hätten andere Bundesländer (zum Beispiel Rheinland-Pfalz) ebenfalls eine Stelle beantragt, für die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung zehn bis 15 zusätzliche Stellen.

Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, stellt klar, dass die Personalbudgets nach den Erfahrungswerten der Vorjahre und nicht nach dem Stellenplan berechnet würden. Daher sei nicht sichergestellt, dass die im Haushalt des ULD ausgewiesene A-13-Stelle auch finanziert sei.

Daraufhin vertagt der Finanzausschuss seine Entscheidung auf die nächste Sitzung. Das ULD wird gebeten, bis dahin die Finanzierung der A-13-Stelle zu klären.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4355](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4356](#)

(überwiesen am 21. September 2017)

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/6991](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/6993](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/6994](#)
- Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/6808](#)
- Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/6992](#)

Die Fraktionen bringen ihre Änderungsanträge zum Landeshaushalt 2017 ein, über die in der nächsten Sitzung, am 8. Dezember 2016, abgestimmt werden soll.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 18/6913](#) - Bericht an den Stabilitätsrat
- [Umdruck 18/6914](#) - Verwaltungsabkommen KONSENS
- [Umdruck 18/6931](#) - Einzelplan 06
- [Umdruck 18/6932](#) - Sozialhilfe
- [Umdruck 18/6933](#) - Rechtsmedizin
- [Umdruck 18/6934](#) - Einzelplan 04
- [Umdruck 18/6935](#) - Einzelpläne 03 und 14
- [Umdruck 18/6973](#) - zusätzliche Stellen
- [Umdruck 18/6974](#) - Naturschutz

Zu [Umdruck 18/6913](#) - Bericht an den Stabilitätsrat - kritisiert Präsidentin Dr. Schäfer, dass die Landesregierung im Bericht an den Stabilitätsrat unverändert Maßnahmen und Einsparvolumina aufführe, die nicht realisiert würden. So melde die Landesregierung einen Konsolidierungsbeitrag durch den Stellenabbau in Höhe von 111 Millionen €, obwohl das Land von 2010 bis 2016 netto nur 57 Stellen eingespart habe.

Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann weist darauf hin, dass der Haushalt des Landes seit 2013 strukturell fast ausgeglichen sei und ab 2017 Überschüsse geplant seien, die für den Abbau der nominellen, impliziten und Betonschulden eingesetzt würden.

Herr Schrödter, Generalreferent für den Landeshaushalt, erwidert, die eingehende Prüfung des Stabilitätsrats habe ergeben, dass die Einsparungen im Personalbereich aus dem vereinbarten Stellenabbaupfad in Schleswig-Holstein umgesetzt würden. Auch der Rechnungshof habe bestätigt, dass man den Personalabbaupfad in den Personalkostenbudgets umsetze. Auch mit den zusätzlichen Stellen, die teilweise fremdfinanziert würden, halte man den Abstand zur vorgegeben Defizitobergrenze ein. Der Abstand habe 2015 fast 500 Millionen € betragen, und der Haushalt weise einen strukturellen Überschuss von 50 Millionen bis 60 Millionen € aus.

Beim Nachfinanzierungsbedarf bei der Eingliederungshilfe von 24 Millionen € ([Umdruck 18/6932](#)) wundert sich Abg. Koch, dass die Hälfte aus dem Haushalt 2016 bezahlt werde, und bittet die Landesregierung bis zur nächsten Sitzung um Aufklärung.

Präsidentin Dr. Schäfer wiederholt ihre Kritik, dass die Landesregierung beim Institut für Rechtsmedizin eine dauerhafte Sockelfinanzierung von knapp 1 Million € einführe und damit das Ziel von Kostendeckung und -transparenz konterkariere ([Umdruck 18/6933](#)).

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke - bis auf Umdruck 18/6932 - zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer